

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

04|2024



KLEINE WÜNSCHE

Mit der Aktion „Wunschbaum“ werden Kinder und Jugendliche zu Weihnachten beschenkt

GEBÄRDEN: Abbau von Barrieren auf der Agenda

UNTERWEGS: Regionalfenster aus Egel

RÜCKBLICK: Das Landtagsjahr in Kürze



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

Neue Broschüre



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung

#moderndenken

DEINE VERFASSUNG des Landes Sachsen-Anhalt und DEIN GRUNDGESETZ für die Bundesrepublik Deutschland

KOSTENFREI BESTELLEN
AUCH ALS KLASSENSATZ

landtag.sachsen-anhalt.de

lpb.sachsen-anhalt.de



Hier geht's zum
Kontaktformular

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung die Texte der Landesverfassung Sachsen-Anhalts und des Grundgesetzes in einer gemeinsamen Broschüre veröffentlicht. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, daher setzt die neue Broschüre auf eine frische optische Gestaltung.



08

WIE DEN ÖRR FINANZIEREN?

Die CDU-Fraktion hatte für das November-Plenum eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie die Forderung „Indexmodell für Rundfunkbeitrag ablehnen!“ laut werden ließ. Hintergrund: Die Frage nach der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.



10

MIT GEBÄRDEN DOLMETSCHEN

Seit 2016 werden alle Landtags-sitzungen bei der Übertragung im Internet von Gebärdensprachdolmetscherinnen begleitet. Der Grundstein für den barrierefreien Zugang für Gehörlose zu den politischen Debatten wurde vor 30 Jahren gelegt.



16

EGELN – BURG UND BAROCKE KIRCHENPRACHT

Nicht allein Wasserburg und Wasserturm als Wahrzeichen und touristischer Höhepunkt sind es, die die Bindung des kleinen Städtchens in der Börde zum Wasser prägen. Auch der Bode und deren fruchtbarem Umland verdankt der Ort seine Entstehung.

AUS DEM PLENUM

06 | Erneute Debatte über Intel

Die knapp 10 Mrd. Euro für die Intel-Subventionen zum Füllen von Haushaltslöchern zu verwenden, hält die Fraktion Die Linke für einen Fehler. In einem Antrag schlägt sie stattdessen vor, das Geld teilweise zur Reduzierung der Energiekosten zu nutzen.

07 | Auch sonntags einkaufen

In den ländlichen Gebieten eröffneten sich durch vollautomatisierte Verkaufsstellen neue Möglichkeiten, die Lebensqualität zu steigern, meinen CDU, SPD und FDP. Die Anpassung des Ladenöffnungszeitengesetzes müsse daher erwirkt werden.

09 | Frauen besser vor Gewalt schützen

Wie können Frauen besser vor Gewalt geschützt und Frauenhäuser bei ihrer Arbeit besser unterstützt werden? Darüber diskutierten die Abgeordneten anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen (25. November).

RÜCKBLICK

12 | Ein Smartphone voll Highlights aus dem Landtagsjahr 2024

Der Zwischenruf schlägt für diesen Jahresrückblick eine Brücke zum Instagram-Account des Landtags.

Nicht nur auf der Website, sondern auch auf den Social-Media-Kanälen informiert der Landtag über das politische und gesellschaftliche Geschehen rund um das Landesparlament.

14 | Das Parlamentsjahr 2024

Von zahlentechnischen Erhebungen kann man sich durchaus überraschen lassen, man kennt das ja von Umfragen. Auch bei der Analyse der Landtagsarbeit erstaunt so manche Zahl und belegt den doch eifrigen Parlamentsbetrieb.

WEITBLICK

20 | Literaturtipps

Die Landtagsbibliothek versorgt Sie wieder mit neuem Lese-stoff. Wann, wenn nicht jetzt, sollte man sich eines oder mehrere der Bücher auf den Wunschzettel schreiben – oder sich einfach ausleihen?!

RÜCKBLICK

22 | Millionen Lebensgeschichten

Bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Landtag wurde aller Toten der Kriege und der Opfer von Gewaltherrschaften gedacht. Die Gedenkrede hielt Oberst Bernd Albers.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

7 800 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dorothee Bodeweine (Ltg.), Stefanie Böhme, Beate
Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze,
Michael Rahmfeld, Wolfgang Schulz

Fotos & Grafiken

Titelseite: Dr. Stefan Müller
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 3: Miljan Živković - stock.adobe.com (l.),
Wolfgang Schulz (M.), Gudrun Oelze
Seite 4: Dr. Stefan Müller (o.), Stefanie Böhme
Seite 6: gopixa - stock.adobe.com
Seite 7: benjaminolte - stock.adobe.com
Seite 8: Miljan Živković - stock.adobe.com
Seite 9: Dr. Stefan Müller
Seite 10: Wolfgang Schulz
Seite 11: Screenshot Website
Seite 12–13: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 14–15: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 16–19: Gudrun Oelze
Seite 20–21: Verlage C.H.Beck, Wallstein, Stiftung
Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, DVA
Seite 22: Dr. Stefan Müller
Seite 23: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 24: Janos Stekovics

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

25. November 2024. Dieses Magazin dient der
Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-
Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form
der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum
Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

Ein glücklicher Augenblick in der Weihnachtszeit



Dr. Gunnar Schellenberger nach dem Schmücken des
Wunschbaums.

Nähe und Zugehörigkeit zu einer liebevollen Gemeinschaft empfinden Kinder an den besinnlichen Weihnachtstagen ganz intensiv. Für die Großen unter uns erhält das Schenken besondere Bedeutung: Was wären Heiligabend und die Feiertage ohne leuchtende Kinderaugen

rings um den Weihnachtsbaum? Aber nicht alle Kinder und Jugendlichen im Land haben das große Glück, im Kreise der Familie Weihnachten feiern zu können. Für diese Kinder und Jugendlichen hat der Landtag gemeinsam mit dem Nestwärme e. V. in diesem Jahr zum ersten Mal einen „Wunschbaum“ aufgestellt. Von ihm konnten sich alle Schenkefreudigen einen Wunsch „pflücken“ und erfüllen. Die Abgabe erfolgte im Landtag, der Verein wird sie an die Beschenkten überbringen. Alle Schenkenden haben den jungen Menschen damit einen kleinen, aber unvergesslichen Moment von Nähe und Fröhlichkeit geschaffen. Dr. Stefan Müller

Landtag leistet Beitrag zum Klimaschutz



Landtagspräsident Dr. Gunnar
Schellenberger setzt eines der 3000
Pflänzchen in die Erde.

Spaten und Gummistiefel statt Redemanuskript und Laptop hieß es Ende November für einige Landtagsabgeordnete. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern haben sie sich an einer Baumpflanzaktion in Zeitz beteiligt. Eingeladen hatten die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Sachsen-Anhalt, die Stadt Zeitz und Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger. Das Ergebnis der Anstrengungen kann sich sehen lassen: Rund 3 300 Setzlinge wurden auf einer kommunalen Brachfläche, etwa so groß wie ein Fußballfeld, gepflanzt. Bei den Pflänzchen handelte es sich hauptsächlich um Traubeneichen, Esskastanien und Elsbeeren. Der Landtag von Sachsen-Anhalt leistet damit erneut

freiwillig einen Beitrag zur Reduzierung seines CO₂-Fußabdrucks und unterstützt somit aktiv den Klimaschutz. Stefanie Böhme

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

sind wir schon bereit, innezuhalten, wie es am Ende des Jahres gang und gäbe ist? Wahrscheinlich nicht, denn die Geschäftigkeit zieht in diesen Tagen noch einmal richtig an – jedes Jahr derselbe Stress: Letzte Geschenke müssen noch besorgt werden. Tante Irmgard hat sich überraschend für den zweiten Weihnachtsfeiertag angekündigt, obwohl da Martina kommen will – und alle wissen doch, dass die beiden sich nicht ausstehen können. Wird der Braten groß genug sein? Reichen die Klöße? Und wo ist jetzt eigentlich schon wieder dieser vermaledeite Baumständer? Jüüüürgen, die Lichterkette funktioniert irgendwie nicht ...

Stress pur! Natürlich nur für diejenigen, die durch die Geschäfte jagen oder hinterm Tresen stehen müssen, die in der Küche hantieren und vor lauter Töpfen und Pfannen keine Arbeitsplatte mehr sehen, die die Geschenke einwickeln und liebevoll unter den Baum legen, die irgendwie alle und alles zusammenhalten, um Weihnachten wieder einmal zum schönsten Fest des Jahres werden zu lassen – ob mit oder ohne religiösen Bezug. Deswegen soll an dieser Stelle zunächst ein bescheidener Dank an all jene Alltagsanker rausgehen, die Familie, Freunde und Kollegium umsorgen und auch die Nachbarn nicht vergessen und oft im Hintergrund (aber unersetzlich) den Blick für die kleinen und großen Dinge des Lebens bewahren.

Das parlamentarische Jahr neigt sich mit der Dezember-Sitzungsperiode ebenfalls dem Ende entgegen. Das haben wir zum Anlass genommen, die Ereignisse rund um das Landesparlament in Bildern und Zahlen Revue passieren zu lassen.

Darüber hinaus haben wir uns auf die Spur von ganz besonderen Zeichen im Landtag begeben, nämlich der Gebärdensprache! Vor dreißig Jahren hatte der Landtag sich dafür eingesetzt, gehörlosen Menschen den Zugang zur politischen Tagesdiskussion zu ermöglichen. Heute werden die Sitzungen des Parlaments mit Gebärdensprachdolmetschung ausgestrahlt, die Redebeiträge sind zudem als Texte nachlesbar.

Ach ja, kennen Sie schon unsere neue Broschüre „Der Landtag von Sachsen-Anhalt in Leichter Sprache“? Die ist ab sofort als Online- und Printversion erhältlich.

In den zurückliegenden Wochen hat sich der Landtag an zahlreichen Gedenkveranstaltungen beteiligt oder selbst initiiert, so am fünften Jahrestag des Synagogen-Attentats in Halle (Saale), am Gedenken anlässlich der Reichspogromnacht 1938 und am Volkstrauertag, zu dem eine Feierstunde im Plenarsaal in Magdeburg stattfand.

Im neuen Heft sind außerdem unsere Dauerbrenner wieder am Start: Die Lesetipps aus unserer Landtagsbibliothek ebenso wie das Regionalfenster. Das hat uns diesmal nach Egeln geführt.

Bleibt uns nur noch, Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest zu wünschen. Bleiben Sie uns treu, wir lesen uns dann im nächsten Jahr wieder.

Ihre
Zwischenruf-Redaktion



Erneute Debatte über Intel

Die knapp 10 Mrd. Euro für die Intel-Subventionen zum Füllen von Haushaltslöchern zu verwenden, hält die Fraktion Die Linke für einen Fehler. In einem Antrag schlägt sie stattdessen vor, das Geld teilweise zur Reduzierung der Energiekosten zu nutzen.



Subventionen in Energiepreise investieren? Die Linke wirbt in einem Antrag dafür, einst geplante Intel-Fördermittel für die Reduzierung von Stromkosten zu nutzen.

Wulf Gallert (Die Linke) geht davon aus, dass die von Intel angekündigte Verschiebung nichts anderes als eine „verklausulierte Absage“ sei. Wenn die Bewertung der CDU über die derzeitige Wirtschaftssituation im Land stimme, müssten jetzt zwingend die Strompreise gesenkt werden. „Im Interesse unserer heimischen Wirtschaft und unserer Haushalte“ würde Gallert dies begrüßen. Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) stellte fest: „Wir reden hier über ein Thema, das wir in keiner Weise mitentscheiden können!“ Für ihn sei es wichtig, dass man mit den Verantwortlichen in Berlin rede, wie es mit dem Projekt Intel weitergehen solle und dass es zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende finanzielle Mittel geben müsse.

Holger Hövelmann (SPD) hofft, dass die hohen Energiepreise sich weiter normalisieren werden. Seine Fraktion setze auf die Senkung der Energiesteuer, dies würde eine langfristige Entlastung für

die Wirtschaft und die Bürger bringen. Ähnlich sah das Andreas Silbersack (FDP): „Die Netzentgelte einfach zu senken, wie von den Linken vorgeschlagen, würde nichts bringen.“ Wichtiger sei es, strukturelle Maßnahmen zu entwickeln, wie beispielsweise die Energiesteuer auf europäischer Ebene zu senken.

Dr. Jan Moldenhauer (AfD) kritisierte den Antrag der Fraktion Die Linke deutlich: „Zur Subventionierung der planwirtschaftlichen Energiewende sollen weitere Steuermilliarden verschwendet werden.“ Die Subventionen für erneuerbare Energien sollten komplett gestrichen werden. Die AfD-Fraktion forderte eine Energiewende um 180 Grad und setze auf einen Energiemix, der auch fossile Brennstoffe beinhalte.

Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte: „Wir müssen an die Energiepreise ran, das ist für uns ganz klar!“ An Vorschlägen mangle es nicht, wie beispielsweise die Netzentgelte

oder die Stromsteuer. Sie appellierte an die CDU, sich auf Bundesebene gemeinsam dieser Probleme anzunehmen. Anders als in der Debatte suggeriert, sei der Strompreis, nach dem Anstieg (direkt nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine), in den vergangenen zwei Jahren wieder um 45 Prozent gesunken. Die Grünen-Abgeordnete erklärte: „Nachdem wir den Strom dauerhaft grün gemacht haben, werden wir ihn jetzt auch noch günstig machen!“

Andreas Schumann (CDU) meinte, seine Fraktion habe den Verdacht, „dass der weitere Zubau von regenerativen Energien die Strompreise weiter nach oben treiben“ werde. „Der Ausstieg aus der Kernkraft war ein großer Fehler. Ein Fehler, den wir als CDU mit zu verantworten haben, den wir als CDU aber korrigieren werden.“ Der Vorschlag der Fraktion Die Linke erinnere zudem an Zeiten der Planwirtschaft. Am Ende der Debatte wurde der Antrag der Fraktion Die Linke abgelehnt. Stefanie Böhme

Auch sonntags einkaufen

In den ländlichen Gebieten eröffneten sich durch vollautomatisierte Verkaufsstellen neue Möglichkeiten, die Lebensqualität zu steigern, meinen CDU, SPD und FDP. Die Anpassung des Ladenöffnungszeitengesetzes müsse daher erwirkt werden.

Die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung im Einzelhandel führten dazu, dass sich die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung veränderten, konstatieren die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, soll laut Antrag der Koalitionsfraktionen die Möglichkeit geschaffen werden, vollautomatisierte Verkaufsstellen auch an Sonn- und Feiertagen in einer mit dem verfassungsrechtlich garantierten Sonn- und Feiertagsschutz vereinbarenden Weise zu öffnen.

Supermärkte zögen sich verstärkt aus dem ländlichen Raum zurück, damit werde das Angebot für die dort lebenden Menschen geringer. Hier müsse gegengesteuert werden, sagte Andreas Silbersack (FDP). Vollautomatisierte Läden seien die richtige Antwort auf die Fragen der Zeit, insbesondere die der demografischen Entwicklung und der Ansiedlung im ländlichen Raum.

„Wir wollen den ländlichen Raum attraktiver machen“, sagte Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU). Wirtschaftlich betrachtet sei es in der Tat für viele Unternehmen nur möglich, Läden auf dem Land zu betreiben, wenn sie an sieben Tagen der Woche öffnen könnten. „Wir werden gemeinsam im Landtagsausschuss dieses Thema diskutieren und einiges auf den Weg bringen.“

Es sei gut und richtig, dass sich in diesem Bereich etwas verändert, die Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes könnte hier etwas voranbringen, weswegen der Vorstoß der Koalition die Zustimmung der AfD habe, so Matthias Lieschke (AfD).

„Es ist uns gelungen, in kurzer Zeit die zu regelnden Belange gemeinsam zu klären“, sagte Holger Hövelmann (SPD). Natürlich hätten sich auch kritische Stimmen gemeldet, zum Beispiel wegen des Themas der Sonntagsruhe. Aber die Anstrengungen sollen sich auf Automatenläden konzentrieren, in denen keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt seien.

Seine Fraktion unterstütze diese Gesetzesinitiative, weil sie eine Verbesserung für die Versorgungssituation im ländlichen Raum bedeute, erklärte Wulf Gallert (Die Linke). Aber sei es substantiell und strukturell notwendig, dass diese „Tante-Enso-Läden“ auch am Sonntag öffneten?, stellte er in den Raum. Es gebe durchaus auch erfolgreiche 24/6-Modelle dieser Art. Knackpunkt sei zudem, dass die Fokussierung auf den ländliche Raum nicht im Gesetzentwurf stehe.

Die CDU wolle gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land erzielen – dafür werde mit dem Gesetzentwurf der Koalition ein großer Schritt getan, meinte

Ulrich Thomas (CDU). Das Interesse der Menschen vor Ort an diesen Tante-Enso-Läden sei sehr hoch, die „Einkaufsrealität“ sei nämlich längst eine andere. Thomas warb dafür, das Verkaufsangebot zu erweitern und den Gesetzentwurf zügig zu beraten.

Auf Initiative der Grünen hatte im Ausschuss eine Beratung zu digitalisierten automatisierten Dorfläden stattgefunden, nun sei das Thema Inhalt eines Gesetzentwurfs der Koalition, konstatierte Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es bedürfe einer gesetzlichen Grundlage, um faire Bedingungen für die unterschiedlichen Anbieter und eine Abgrenzung zu den großen Ketten zu schaffen. Die Grünen empfehlen eine Beschränkung auf eine Verkaufsfläche bis zu 150 Quadratmeter und auf Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Gesetzentwurf der Koalition einstimmig in den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus überwiesen.

Dr. Stefan Müller



Vollautomatisierte Verkaufsstellen sollten laut Koalition auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet werden können.

Wie den ÖRR finanzieren?

Die CDU-Fraktion hatte für das November-Plenum eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie die Forderung „Indexmodell für Rundfunkbeitrag ablehnen!“ laut werden ließ. Hintergrund: Die Frage nach der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Es gelte, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsfest zu machen, sagte Markus Kurze (CDU). Er müsse sich dabei wieder stärker auf den Grundversorgungsauftrag (Information, Bildung, Unterhaltung und Sport) konzentrieren. Die CDU spreche sich gegen ein Indexmodell (automatische Anpassung) und stattdessen dafür aus, die Landtage weiter mitentscheiden zu lassen. Nun endlich solle es auch zur Reduzierung der fast 100 Radio-, Fernseh- und Onlinekanäle und zu mehr Transparenz bei der Mittelverwendung kommen, so Kurze.

Mit dem Reformstaatsvertrag sei erstmals überhaupt in der Rundfunkgeschichte ein solcher Entwurf vorgelegt worden, der diesen Namen verdiene, meinte Kultur- und Staatsminister Rainer Robra (CDU). Die Reform werde zu einer Reduzierung der Sender führen, vorgesehen sei die Deckelung von Sportübertragungskosten in einer Höhe von fünf Prozent der Gesamtmittel. Robra zeigte sich überzeugt: „Es gibt keine Beitragserhöhung im Jahr 2025.“

Niemand in diesem Land sollte für etwas bezahlen müssen, das er gar nicht haben wolle, meinte Ulrich Siegmund (AfD), die „Rundfunkzwangsabgabe“ gehöre abgeschafft. Er bezeichnete den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „vierte Gewalt der medialen Desinformation“ und forderte ein „Mindestmaß an politisch neutraler Information“. Siegmund sprach sich ebenfalls gegen ein Indexmodell aus, weil seiner Ansicht nach die parlamentarische Mitbestimmung ausgehebelt würde.

Die AfD habe sich weniger zur Finanzierung geäußert als vielmehr sich darüber beklagt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk „nicht sendet, was Sie gern wollen, dass er es sendet“, monierte Holger Hövelmann (SPD) in Richtung AfD. „Aber das ist nicht der Auftrag der Politik, das Programm vorzugeben.“ Der Rundfunkbeitrag diene dazu, die Institution unabhängig von einzelnen politischen Meinungen zu finanzieren. Ohne ausreichende und gesicherte Finanzierung werde der Programmauftrag schlechter ausgeführt werden können.

Der Beitragsstaatsvertrag und der Reformstaatsvertrag seien derzeit in der Diskussion, aber noch nicht als Beratungsgegenstand in den Landtag eingekehrt, sagte Stefan Gebhardt (Die Linke). Positiv sähe Die Linke die Zusammenlegung von Spartenangeboten und die Verschlinkung der Radiolandschaft. Man dürfe allerdings nicht „die Axt an den Wesensmerkmalen eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ ansetzen: Bildung, Information und der Kulturbereich. Gleiches gelte für das Kinderangebot KIKA.

Das Thema Indexmodell sei bereits „ein totes Pferd“, sagte Guido Kosmehl (FDP), darüber hinaus aber gebe es im Reformstaatsvertrag einige Inhalte, über die noch geredet werden müsse. Laut Vertragsentwurf sollen mindestens vier Radiosender je Landesfunkanstalt eingespart werden; hier müsse noch einmal nachjustiert werden – denn wie stehe es um die 1er-Wellen im MDR? Zählen die einzeln oder zusammen?, fragte der FDP-Abgeordnete.

Aufgabe und Ziel des Reformstaatsvertrags sei, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verteidigen und zu neuer Stärke zu verhelfen, denn er sei „eine tragende Säule der Demokratie“, meinte Dorothea Frederiking (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Er sei bedarfsgerecht zu finanzieren, „ein Kaputtsparen lehnen wir ab, denn das würde der Demokratie schaden.“ Aus Sicht der Grünen trage das Indexmodell zur Versachlichung und Entpolitisierung der Finanzierung bei.

Beschlüsse zur Sache wurden am Ende der Aktuellen Debatte wie üblich nicht gefasst. Dr. Stefan Müller



In einer Aktuellen Debatte ging es um die finanzielle Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Frauen besser vor Gewalt schützen

Wie können Frauen besser vor Gewalt geschützt und Frauenhäuser bei ihrer Arbeit besser unterstützt werden? Darüber diskutierten die Abgeordneten anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, der jedes Jahr am 25. November begangen wird.

Fast täglich wird in Deutschland eine Frau ermordet. Das geht aus den aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamtes hervor. Vor diesem Hintergrund hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Gewalt ist keine Privatsache. Femizide sind Mord“ in den Landtag eingebracht. Parallel wollte die Fraktion Die Linke mit einem Antrag erreichen, dass das Gewalthilfegesetz noch von dieser Bundesregierung verabschiedet wird. Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und FDP hatten einen Alternativantrag in den Landtag eingebracht.

„Auch wenn es hinter verschlossenen Türen passiert, Gewalt an Frauen ist keine Privatsache. Gewalt gegen Frauen geht uns alle an.“, betonte Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Häufig werde heutzutage eine Mitschuld von Frauen an sexueller Gewalt suggeriert und die wahren Gründe für einen Femizid von Gerichten oft nicht anerkannt, sondern verharmlost. Ein weiteres Problem sei, dass es gerade im ländlichen Raum an Beratungsstellen fehle.

Eva von Angern (Die Linke) erklärte, die Frauenverbände würden sich gerade große Sorgen machen, ob das Gewalthilfegesetz noch in dieser Legislatur auf den Weg gebracht werden könnte. „Die Wahrscheinlichkeit, dass das Gesetz auf Bundesebene kommt, ist nicht

sehr groß. Deswegen müssen wir aktiv werden“, meinte von Angern.

Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) stellte fest: „Die Einrichtungen im Hilfesystem in Sachsen-Anhalt stehen den betroffenen Frauen und Mädchen mit großer Empathie und Professionalität zur Seite. In den vergangenen mehr als 30 Jahren haben sie unschätzbare Arbeit geleistet.“

„Die Zahlen sind nicht nur erschütternd, sondern sie müssen ein Signal sein, um Frauen besser zu schützen und Gewalt gegen sie besser zu verhindern“, sagte Kerstin Godenrath (CDU). Es komme vor allem auf die gemeinsame Zusammenarbeit der einzelnen Akteure an, um den Opfern schnell Hilfe zukommen zu lassen.

Hans-Thomas Tillschneider (AfD) warf den Grünen vor, den Begriff „Femizid“ politisch zu instrumentalisieren. Er fragte, ob ein Mord an einer Taxifahrerin, um an ihre Tageseinnahmen zu kommen, nicht genauso abscheulich sei, wie ein Mord aus Frauenfeindlichkeit. Guido

Kosmehl (FDP) führte an: „Vor dem Hintergrund der vielen Femizide ist es zu begrüßen, dass das Merkmal ‚geschlechterspezifisch‘ ins Strafgesetzbuch hinzugefügt wurde. Daher kann es bei der Strafzumessung besonders berücksichtigt werden.“ Konstantin Pott (FDP) ergänzte, in der Vergangenheit hätte die Koalition schon viele wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Damit dieser Weg weitergegangen werden könne, warb er für den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen. Dieser sieht unter anderem einen Prüfauftrag zum Gewalthilfegesetz vor. Katrin Gensecke (SPD) verwies ebenfalls darauf, dass häusliche Gewalt immer und überall in allen sozialen Schichten stattfindet und es sich dabei um „ein gesamtgesellschaftliches Problem“ handle. Die Schuld liege niemals beim Opfer, sondern immer beim Täter. Zur Aktuelle Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse gefasst. Der Antrag der Fraktion Die Linke wurde abgelehnt, der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und FDP angenommen.

Stefanie Böhme

Gemeinsam mit dem Landesfrauenrat hat der Landtag zu einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen eingeladen.



Mit Gebärden dolmetschen

Seit 2016 werden alle Landtagssitzungen bei der Übertragung im Internet von Gebärdensprachdolmetscherinnen begleitet. Der Grundstein für den barrierefreien Zugang für Gehörlose zu den politischen Debatten wurde vor 30 Jahren gelegt.



Gebärdensprachdolmetscherinnen im Studio im Keller des Landtagsgebäudes bei der Übertragung einer Landtagssitzung: Stefanie Sens (l.), die eine Rede dolmetscht, und Tanja Plankensteiner, die aufmerksam die Gebärden ihrer Kollegin verfolgt, um eine fehlerfreie Übertragung zu gewährleisten.

Rund 80 000 Menschen in Deutschland sind gehörlos. In Sachsen-Anhalt sind knapp 1 200 Gehörlose registriert, die das sogenannte Gehörlosengeld beziehen. Neben den persönlichen Beeinträchtigungen, die diese Behinderung mit sich bringt, sind gehörlose Menschen in vielen Fällen von allgemeinen Kommunikationsmöglichkeiten ausgeschlossen und können

bisweilen nur schwer am Leben in der Gesellschaft teilhaben. Das betrifft zum Beispiel auch die Teilnahme am politischen Leben. Für die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt war es deshalb bereits vor 30 Jahren in der ersten Legislaturperiode ein wichtiges Anliegen, gehörlosen Menschen den Zugang zur politischen Tagesdiskussion zu ermöglichen.

In einem Beschluss vom Mai 1994 forderten die damaligen Regierungsfractionen von CDU und FDP die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Annahme einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur Anerkennung der Gebärdensprache einzusetzen. Zwei Jahre später beschloss der Landtag auf Antrag der neuen Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den

Mehr Teilhabe für alle per Mausclick

Die standardmäßige Gebärdensprachdolmetschung der Landtagssitzungen gehört zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen, mit denen im Landtag die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung gefördert wird. Unter dem Stichwort Video-on-demand-Angebot sind Aktivitäten zusammengefasst, um Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilnahme am Geschehen im Parlament zu ermöglichen. Übersetzt heißt der Anglizismus „Video auf Anforderung“.

Von der Startseite www.landtag.sachsen-anhalt.de aus werden Interessierte direkt zur barrierefreien Übertragung gelenkt. Über den Sitzungsbutton ganz oben rechts gelangt man direkt ins barrierefreie Videoarchiv. Während einer Plenarsitzung wird der Sitzungsbutton in „Livestream“ umbenannt und ermöglicht so direkten Zugang zur Plenardebatte. Im Internet werden alle Video-on-demand-Angebote auch als Gebärdensprachvideos zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus bietet der Landtag auch Informationen in Leichter Sprache an. Zu dem Angebot gelangt man mit einem Klick auf das Symbol ganz oben auf der Startseite. Es richtet sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkten kognitiven Fähigkeiten, Seh- oder Hörbehinderung. In sechs Kapiteln wird mit leicht verständlichen Worten informiert, was die Abgeordneten machen, wie ein Gesetz entsteht und vieles mehr.

Wolfgang Schulz



Leichte Sprache auf der Website des Landtags.

Einsatz von Gebärdensprachdolmetschenden bei wichtigen politischen Entscheidungsprozessen im Landtag. „Die aktive Teilnahme an aktuellen politischen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt soll für diese Bevölkerungsgruppe durch die Hilfe von Gebärdensprachdolmetschern verbessert werden“, heißt es in dem Antrag vom Februar 1996.

War der Einsatz von Gebärdensprachdolmetschenden zunächst auf angemeldete Besuchergruppen ohne Hörvermögen beschränkt, ist er heute aus dem politischen Alltag nicht mehr wegzudenken. Seit der 7. Wahlperiode werden alle Landtagssitzungen, später auch Pressekonferenzen der Landespressekonferenz sowie zahlreiche andere Veranstaltungen im Landtagsgebäude im Internet von Gebärdensprachdolmetscherinnen begleitet.

Zu den Gebärdensprachdolmetscherinnen im Landtag gehört Stefanie Sens. Die 40-Jährige hat nach einem vierjährigen Studium an der Hochschule Magdeburg-Stendal einen Abschluss als Dolmetscher für Deutsch und Deutsche Gebärdensprache erworben und koordiniert den Einsatz von insgesamt elf freiberuflich tätigen Gebärdensprachdolmetschenden, die alle über die entsprechende Qualifikation verfügen. „Das Pilotprojekt in einem Studio im Keller des Landtags hat 2015 begonnen“, erzählt Stefanie Sens. Seit Januar 2016 werden die Plenarsitzungen im Internet live von Gebärdensprachdolmetscherinnen begleitet. Das bedeutet: Der übliche Livestream der Plenarsitzung wird durch eine alternativ wählbare Übertragung mit Gebärdensprachdolmetschung ergänzt. Dazu wird jeweils eine Dolmetscherin in den herkömmli-

chen Videostream eingeblendet, was die barrierefreie Übertragung ermöglicht.

Der Keller sei gewählt worden, weil dort die Arbeitsbedingungen besser seien als im lauten Plenarsaal. Stefanie Sens lobt die Landtagsverwaltung, die von Anfang an für eine optimale technische Ausstattung gesorgt habe. An einer Übertragung in der Gebärdensprache sind jeweils zwei Kolleginnen beteiligt. Eine dolmetscht, die andere verfolgt das Geschehen und kontrolliert die Richtigkeit. „Schließlich wollen wir den Zuschauenden keine falsche Darstellung übermitteln“, so Stefanie Sens. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Bereitschaft von Abgeordneten und Fraktionen, die nicht selten Redemanuskripte oder Erklärungen den Dolmetscherinnen zuvor zur Verfügung stellen, um Fehler beim Dolmetschen zu vermeiden.

Die Deutsche Gebärdensprache (DGS) verwendet Handbewegungen – die Gebärden –, aber auch Mimik, Mundbewegungen und Körperhaltung, erläutert die Dolmetscherin ihr „Handwerk“. Der Wortschatz der DGS umfasse 250 000 Gebärden. Dennoch handele es sich nicht etwa um eine Zeichensprache, sondern um eine eigene Sprache mit eigener Grammatik. 2021 wurde sie zum Immateriellen Kulturerbe erklärt und damit von der Deutschen UNESCO-Kommission als „soziales und kulturelles Fundament der deutschen Gehörlosengemeinschaft“ anerkannt. Im Gegensatz zur Lautsprache fordere sie ständigen Blickkontakt und verlege die Bedeutung des Lauts auf die von Mimik und Gestik. Auch Hörende könnten sie erlernen und so Barrieren überwinden helfen.

Wolfgang Schulz

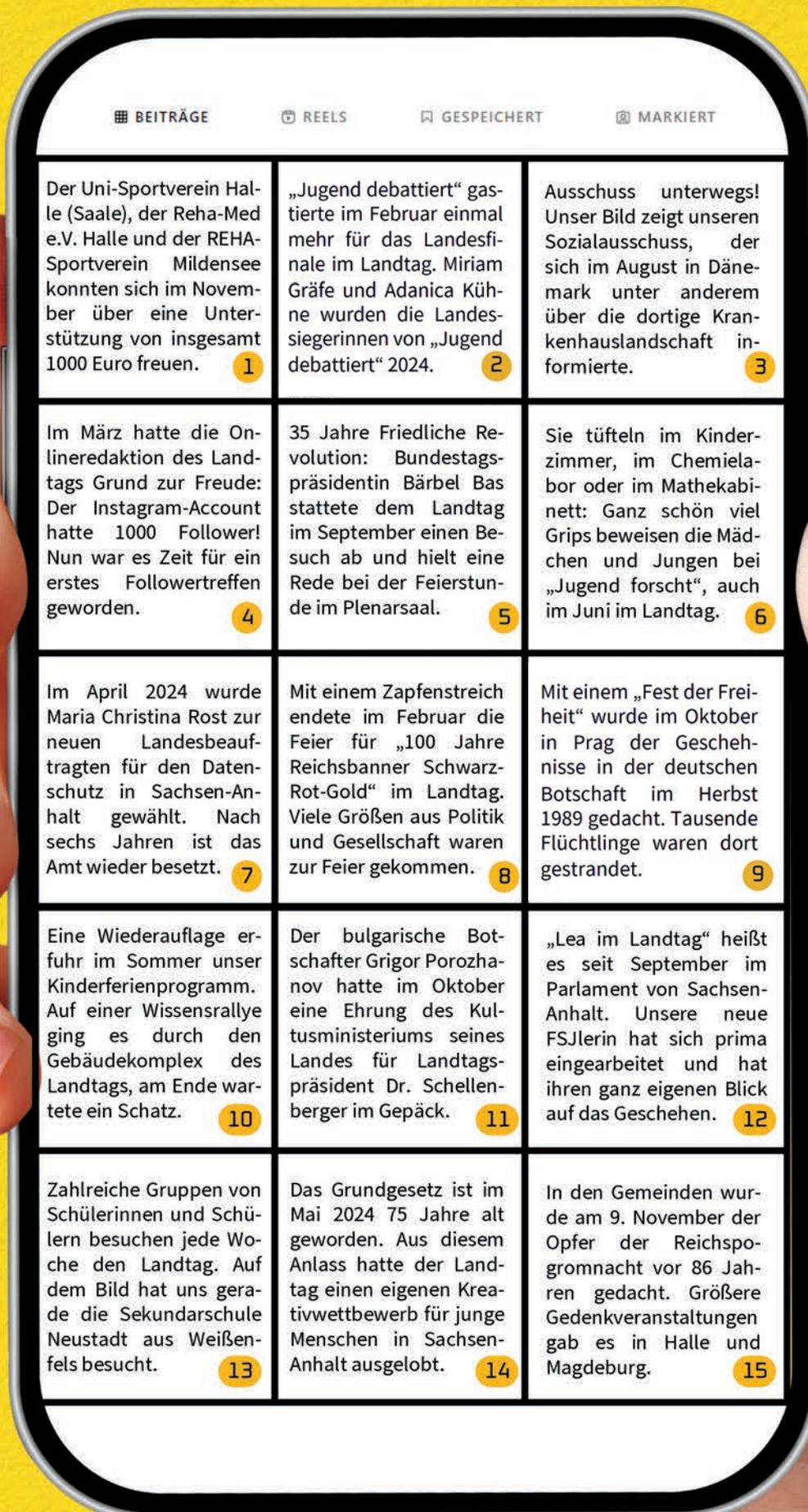
Ein Smartphone voll Highlights aus dem Landtagsjahr 2024



Hier geht es zu den Highlights des Landtagsjahres 2024 auf Instagram.



Der ZwischenRuf schlägt für diesen Jahresrückblick eine Brücke zum Instagram-Account des Landtags. Nicht nur auf der Website, sondern auch auf den Social-Media-Kanälen informiert der Landtag über das politische und gesellschaftliche Geschehen rund um das Landesparlament. Hier eine Auswahl.



at's zum
n-Account
ndtags:



Das Parlamentsjahr 2024

Von zahlentechnischen Erhebungen kann man sich durchaus überraschen lassen, man kennt das ja von Umfragen. Auch bei der Analyse der Landtagsarbeit erstaunt so manche Zahl und belegt den doch eifrigen Parlamentsbetrieb.

Gesetze, Kleine und Große Anfragen, Petitionen und Sitzungstage – es gibt eine ganze Reihe von Zahlen, die man rund um den Parlamentsbetrieb auswerten kann. Wir haben mal in der Parlamentsdokumentation angefragt, und um die Zahlen bezüglich einiger griffiger Komponenten gebeten.

An den harten Fakten hat sich fast nichts verändert: Mehr als die Hälfte der 8. Wahlperiode ist bereits um, sie dauert aller Voraussicht nach noch bis Juni 2026 an. Sechs Fraktionen beraten im Plenarsaal, die Regierung des Landes wird noch immer von der sogenannten Deutschlandkoalition aus CDU, SPD und FDP gestützt. In der Opposition befinden sich nach wie vor die AfD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Landtagspräsident ist Dr. Gunnar Schellenberger (CDU) und seine Vizes Anne-Marie Keding (CDU) und Wulf Gallert (Die Linke).

Viel mehr noch ließe sich analysieren und zusammentragen. Wir empfehlen an dieser Stelle einen Blick auf die Seiten der Parlamentsdokumentation (PADOKA), wo man sich mit so gut wie allen Informationen über den Landtag und die Abgeordneten versorgen kann. Die Zählung der Menge an Türen, Fenstern und Treppenstufen steht noch aus, die holen wir dann vielleicht für den nächsten Rückblick nach!



Hier geht's
direkt zu
PADOKA.







oben:
Museumsleiter und Orts-
chronist Lutz Lachmuth lädt
von Februar bis November
jeweils am ersten Sonntag im
Monat zu öffentlichen Führun-
gen auf der Wasserburg ein.

links:
Die Wasserburg von
Egel – kulturelles Zentrum
der ganzen Region.

Egel – Mittelalterliche Burg und barocke Kirchenpracht

Nicht allein Wasserburg und Wasserturm als Wahrzeichen und touristischer Höhepunkt von Egel sind es, die die Bindung des kleinen Städtchens in der Magdeburger Börde zum Wasser prägen. Auch der Bode und deren fruchtbarem Umland verdankt der Ort seine Entstehung.

Schon in der Altsteinzeit war die Niederung um den Saalezufluss Bode von Menschen besiedelt. Als „Osteregulon“ wurde Egel im Jahre 941 erstmals mit einem Kastell durch König Otto I. bezeugt. Es sollte eine Furt durch die Bode schützen, die auch bei Hochwasser relativ gefahrlos durchquert werden konnte. „Sie war deshalb so bedeutsam, weil dort die Heerstraßen aus Erfurt, Quedlinburg und Goslar zusammentrafen und sich bei Egel zu einer von Rom nach Mag-

deburg führenden Straße vereinigten“, weiß Lutz Lachmuth. Er ist Ortschronist und leitet das Museum für Vor- und Früh- sowie Stadtgeschichte, das sich seit 1993 in Torhaus und Bergfried der aus dem 12. Jahrhundert stammenden Wasserburg befindet. Dort können interessierte Besucherinnen und Besucher viel über die Historie Egelns und zur neueren Entwicklung der Stadt erfahren. Ein Höhepunkt des Museumsbesuchs (Winterpause von November bis Februar!) ist im wahrsten

Sinne des Wortes die Besteigung des 36 Meter hohen Bergfrieds, von dem sich ein imposanter Rundblick über Egel und die umgebende Landschaft bietet.

Die Geschichte der Wasserburg, in deren Schutz sich eine einst bedeutende Stadt entwickeln konnte, in der Handel und Handwerk blühten, reicht über 800 Jahre zurück. Nach wie vor stilprägend ist die mittelalterliche Bausubstanz aus dem 13. Jahrhundert, auch wenn im Laufe der Zeit Elemente der Renais-

sance und des Barocks hinzukamen. Die anfänglich reine Wehrburg wurde später zur Sommerresidenz Magdeburger Domherren, die die Anlage ab 1430 umfangreich umbauen und erweitern ließen. In schwierigen Zeiten soll zweimal auch der komplette Magdeburger Domschatz nach Egelns ausgelagert worden sein, berichtet Ortschronist Lachmuth und fügt an, dass als eine der hochrangigsten Gäste auch einmal die preußische Königin Luise mit ihrem Hofstaat auf der Wasserburg logiert habe. Denn seit dem 30-jährigen Krieg waren Egelns Wasserburg und das dazugehörige Land – zu Blütezeiten 950 Hektar – eine preußische Domäne.

Doch gab es in der fruchtbaren Flussniederung zuvor schon ein anderes Kastell, auf dessen Gelände Mitte des 13. Jahrhunderts nach den Regeln der Zisterzienser das Kloster Marienstuhl gegründet wurde. Umgeben von der einen Kilometer langen Bruchsteinmauer gehörten zum weitläufigen Areal und Besitz des Klosters neben Kirche und Probstei zahlreiche Wirtschaftsgebäude und ein Garten sowie rund 640 Hektar Land – später (das Nonnenkloster wurde 1809 aufgelöst) eine braunschweigische Domäne. Mitte der 1950er Jahre wurden die ehemals preußische sowie die frühere braunschweigische Domäne in Egelns zum Volkseigenen Gut Marienstuhl vereinigt.

Zur Wendezeit waren die Bauten sowohl der Wasserburg als auch der Klosteranlage dann in einem recht desolaten Zustand. Nicht aber die Kirche. Die wurde zwischen 1961 und 1989 umfassend saniert, nicht nur mit Geldern aus dem Westen und der Kirchengemeinde vor Ort, sondern auch des staatlichen Denkmalschutzes. So verschlägt es heutigen Besuchern vor Erstaunen und Ehrfurcht fast den Atem, wenn sie das äußerlich beinahe schlicht wirkende Gotteshaus betreten. In einer vom lutherischen Glauben geprägten Kirchenlandschaft ist die barocke Pracht der Egelner Kloster-

kirche wahrlich etwas ganz Besonderes. „Es ist bereits die dritte Kirche an gleicher Stelle“, erzählt Kirchenführerin Petra Duballa. Bis 1730 habe hier eine sehr beengte Wallfahrtskirche gestanden. Sie wurde nicht nur von den Nonnen, sondern auch von den Mitgliedern der katholischen sowie der evangelischen Gemeinde genutzt, bis diese eine eigene Kirche (heute Kapelle am Friedhof) erhielten und der Neubau der Klostergebäude und der nun um ein Drittel vergrößerten Kirche Marienstuhl begann.

Dem damaligen Zeitgeschmack entsprechend erhielt sie eine prächtige barocke Innenausstattung, die im wirkungsvollen Gegensatz zur Schlichtheit des Kirchenraums steht. Bis 1738 hatten die (namentlich unbekannt) Künstler zu tun, um die einzigartige Pracht wie den mächtigen geschwungenen Säulenaufbau des Hochaltars über die

gesamte Chorbreite fertigzustellen. Zu den Prunkstücken der Kirche gehört die in einer steinernen Muschelnische thronende Gottesmutter mit Christuskind, wahrscheinlich aus der Zeit der Gründung des Klosters stammend, lange Jahre das Hauptportal des Klosters schmückend und dort den Witterungseinflüssen ausgesetzt – was sichtbare Spuren hinterließ. Andere Kostbarkeiten wie historische Messgewänder, Kelche, Monstranzen und Gemälde werden im Kirchen-Museum verwahrt. Während die Klosterkirche als St.-Marien-Kirche der katholischen Gemeinde von Egelns erhalten und ein Anziehungspunkt für Gottesdienstbesucher und Kunstkenner blieb (Anmeldung für Besuch von Kirche und Museum unter 0151/40 33 78 01), befindet sich das übrige vier Hektar große Klosterareal in Privatbesitz. Anders die Wasserburg von Egelns, die heute das kulturelle Zentrum der ganzen Region ist. >>>

Blick auf den prächtigen barocken Hochaltar der katholischen Kirche Marienstuhl in Egelns.



>>> Nach der Wende mit vielen Fördermitteln und durch einen Förderverein vor dem weiteren Verfall gerettet, befinden sich in ihren alten Mauern außer dem Museum ein Eheschließungszimmer, eine Freilichtbühne, eine Bogenschießanlage, ein Gewölbekeller und ein Künstler-Atelier. Im umgebauten einstigen Schweinestall hat der Förderverein sein Domizil, in der ursprünglichen Scheune, die zu DDR-Zeiten als Internat für angehende Gärtner, Melker, Imker und Schäfer diente, befindet sich eine Ausgabestelle der Tafel. Und der unbedachte (weil das Dach nicht mehr zu retten war) Pferdestall gegenüber bietet die Kulisse für zahlreiche Veranstaltungen und Feiern im Freien oder unter einer mobilen zeltförmigen Überdachung. Am zweiten November-Sonntag tummelten sich auf dem Burgareal wieder zahlreiche Gäste, denn die Stadt hatte dorthin zum alljährlichen Martinsmarkt eingeladen, der in seiner Historie auf das Jahr 1268 zurückgeht. Einige Wochen später – zum dritten Advent – werde die Burgweihnacht in Egelndorf wieder zu einem Anziehungspunkt für Besucher aus nah und fern, verspricht Uwe Lachmuth.

Der Museumschef, Ortschronist und Standesbeamte hat einen weiteren Arbeitsplatz beim Bürgerservice im Rathaus, dem Sitz der 2010 gegründeten Verbandsgemeinde Egelndorf, zu der neben der Stadt Egelndorf die Gemeinden Bördeaue, Börde-Hakel, Borne und Wolmirsleben gehören. Obwohl heute keine Fernverkehrsstraße mehr durch Egelndorf führt, bietet sie infrastrukturell viel für die rund 3 200 Bewohner der Stadt und denen des ländlichen Umfelds: Ärzte verschiedener Fachrichtungen, eine Apotheke, zwei Kindertagesstätten, zwei Banken, ein Bürgerbüro des Salzlandkreises, Bürgerservice der Verbandsgemeinde, ein modernes Sportzentrum mit Freibad, Fußballstadion, Beachvolleyballplatz und eine Zweifeldersporthalle sowie zwei Supermärkte.

Nur mit „allen Schulformen“, wie vor einigen Jahren noch, kann Egelndorf nicht



Stadtkirche zu sehen.

mehr für sich punkten. Denn das Gymnasium wurde 2016 durch den Landkreis geschlossen. In den 1920er Jahren als höhere Schule erbaut, lernten in dem rund hundertjährigen Haus auch Politiker wie Dr. Karl-Heinz Daehre und Dr. Manfred Püchel sowie Künstler wie Heinz Kruschel, Heinz Apelt und Sebastian Hengstmann. Der repräsentative Klinkerbau wurde an einen privaten Investor verkauft, der das ehemalige Gymnasium zu einer stationären Pflegeeinrichtung für Seniorinnen und Senioren umwidmete.

Am anderen Ende der Stadt, idyllisch nahe der alten Wasserburg gelegen, befindet sich ein Seniorenwohnpark des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der in Egelndorf ferner ein Begegnungszentrum unterhält, dort auch ambulante und sozialtherapeutische Betreuung anbietet und heute größter Arbeitgeber im Ort ist.

Denn von der einst florierenden Wirtschaft in der Bode- und Börde am Schnittpunkt wichtiger Fernverkehrsstraßen ist nicht viel geblieben. Die beiden einstigen Zuckerfabriken inmitten des Rübenanbaugebiets Magdeburger Börde – die Zuckerfabrik Marienstuhl der braunschweigischen Domäne und die Amtsfabrik der preußischen Domäne – bestehen schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Hunderte Beschäftigte hatte in den Jahren danach jedoch der Industrieofenbau Egelndorf, der als Elektrogeräte GmbH Egelndorf auch nach der Wende noch jeden fünften Elektroherd in den neuen Bundesländern produzierte. Anfang der 2000er Jahre aber kam auch für diesen Traditionsbetrieb das endgültige Aus.

Nicht besser erging es der Konservenfabrik im Stadtteil Egelndorf-Nord, dem schon 1950 eingemeindeten Bleckendorf. Im



Schon von Weitem sichtbar ist der 38 Meter hohe Wasserturm, ein Wahrzeichen Egelns.



Das 1581 auf einer wüsten Hofstätte des Kosters Marienstuhl erbaute Pfarrhaus ist heute das älteste Wohnhaus Egelns. Es wurde errichtet, als nach der Reformation eine Unterkunft für die evangelischen Pfarrer geschaffen werden musste.

dortigen Werk der Ogema – Obst- und Gemüseverarbeitung Magdeburg – wurden bis 1990 Pektine zur Herstellung von Marmeladen produziert. Seit Jahren eine Industrieruine, sind die Fabrikbauten auf dem Gelände dem Verfall preisgegeben. Den wollte ein Investor stoppen, der – mit Blick auf die geplante Intel-Ansiedlung bei Magdeburg – auf dem Areal eine neue Wohnsiedlung und einen großen Solarpark errichten wollte. Die Zukunft dieses Vorhabens ist nun aber ungewiss.

Dafür verfallen nicht nur die Fabrikgebäude weiter, sondern in EgelN-Nord auch etliche Wohnhäuser entlang der einstigen B 81. Die führt seit Bau der Umgehungsstraße auch nicht mehr durch EgelN hindurch, wo inzwischen die meisten Schaufenster – früher befand sich in fast jedem Haus an der Hauptstraße ein Geschäft – leer bleiben.

Ein Lichtblick ist indes der Marktplatz mit dem 1897 erbauten Rathaus sowie dem einstigen Kaiserlichen Postamt (heute Sparkasse) und der um 1700 errichteten Adlerapotheke. In Sichtweite vom Markt befindet sich die evangelische Stadtkirche, von deren gotischem Vorgängerbau der Turm erhalten blieb, während das um 1700 errichtete Kirchenschiff im Stil eines Bürgerhauses gebaut wurde. Das Gebäude mit dem Fachwerkobergeschoss gleich neben der Stadtkirche ist das älteste erhaltene evangelische Pfarrhaus in den neuen Bundesländern.

Unweit davon wird die frühere, 1904 erbaute Stadtschule – zu DDR-Zeiten als Landambulatorium genutzt – derzeit zu einem „Haus der Gesundheit“ umgestaltet.

Heute lernen Egelns Grund- und Sekundarschüler in der Ganztagschule direkt gegenüber der Wasserburg, deren Na-

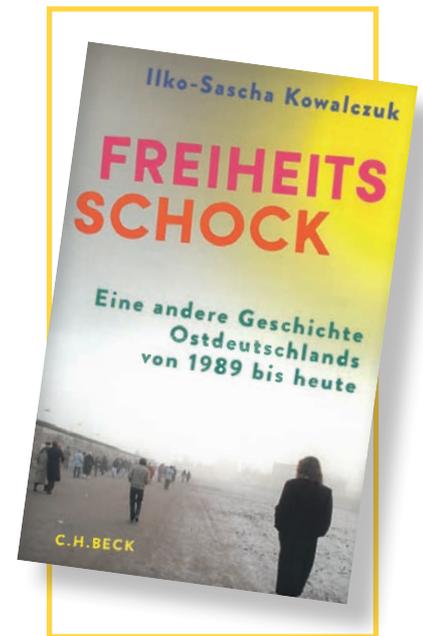
men die Bildungsstätte auch trägt. Von dort haben es die Mädchen und Jungen der Theatergruppe nicht weit bis zu ihrem Probe- und Veranstaltungsraum im romanischen Gewölbekeller der Burg.

Die wird im Mai kommenden Jahres auch wieder zur Kulisse für ein schon traditionelles internationales Chorfestival. Der Verein Sine Musica Nulla Vita aus EgelN hatte dazu schon Jugendchöre unter anderem aus Europa, von den Philippinen, aus Australien und Kuba zum Austausch und zum gemeinsamen Singen zu Gast. Höhepunkt und Abschluss des 2025er Festivals unter dem Motto „Woodstock“ wird wieder das gemeinsame Konzert aller Beteiligten im einstigen Pferdestall der Wasserburg EgelN. Mehr Informationen zum Festival von „Sine Musica Nulla Vita“ finden Interessierte auf der Website www.sinemusica.de. Gudrun Oelze

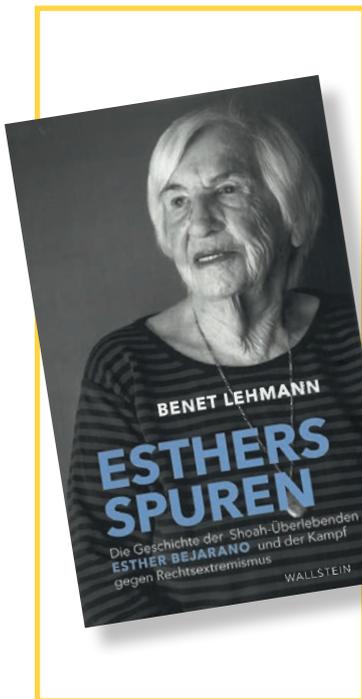
Forschung zur DDR-Geschichte: Ostdeutschland und die Freiheit

Pünktlich zum 35. Jahrestag des Mauerfalls erschien das Buch „Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“ vom Historiker und Publizisten Ilko-Sascha Kowalczyk. Darin bezeichnet er die Geschichte Ostdeutschlands seit 1990 als Kampf um die Freiheit. Er ist sich sicher, dass der Ausgang dieses Kampfes richtungsweisend für die Zukunft ganz Deutschlands ist. Kowalczyk wurde 1967 in Ostberlin geboren. Er forscht bereits seit Jahrzehnten zur DDR-Geschichte. Mit seinem neuen Buch will er aufrütteln: zu mehr aktiver Eigenverantwortung und zur Abkehr von der eigenen Opferrolle. Denn viele Ostdeutsche seien enttäuscht von den Entwicklungen nach der Wende 1989/90 und gäben sich der Nostalgie hin. Darin sieht der Autor die Gefahr, dass die DDR-Diktatur „weichgezeichnet“ und das DDR-System „normalisiert“ werde, je länger die Wiedervereinigung zurückliege. Beate Grau

Ilko-Sascha Kowalczyk: Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute. München: C.H.Beck, 2024.



Leben und Wirken einer Holocaustüberlebenden



Esther Bejarano (1924–2021) gehörte zu den bekanntesten Zeitzeuginnen der Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes in Deutschland und Europa. Sie wurde mit 18 Jahren in das KZ Auschwitz verschleppt und überlebte dort wie durch ein Wunder durch ihre Mitwirkung im „Mädchenorchester von Auschwitz“. Später kam Esther Bejarano in das KZ Ravensbrück und konnte kurz vor dem Kriegsende von einem Todesmarsch flüchten. Die vorliegende Biografie basiert auf zahlreichen Gesprächen, die der Autor mit der bis zu ihrem Lebensende aktiven Antifaschistin geführt hat. Darüber hinaus erörtert er wichtige weiterführende Fragestellungen wie die, welche Rolle die Erinnerungen der Zeitzeugen in der heutigen, von Diversität geprägten Gesellschaft, (noch) spielen. Hilft eine an Demokratie und Freiheit orientierte Erinnerungskultur wirklich dauerhaft gegen Antisemitismus und Rassismus? Esther Bejarano warnte in einem Interview ungemein deutlich: „... wenn die Leute jetzt wieder schweigen, dann haben wir bald die gleiche Situation wie damals.“ Michael Rahmfeld

Benet Lehmann: Esthers Spuren: Die Geschichte der Shoah-Überlebenden Esther Bejarano und der Kampf gegen Rechtsextremismus. Göttingen: Wallstein, 2024.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung. An Plenarsitzungstagen ist die Bibliothek bis zum Ende der Sitzung, längstens jedoch bis 21 Uhr geöffnet.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do.: 8–15 Uhr, Fr.: 8–13 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Zeitgeschichte mit Landesbezug in einer Schriftenreihe

Diese wichtige Schriftenreihe erscheint seit dem Jahr 2002 und leistet einen bedeutsamen Beitrag zur Dokumentation landesbezogener zeitgeschichtlicher Forschung. Der breitgefächerte Themenkanon reicht im vorliegenden ersten Band des Jahres 2024 beispielsweise vom hundertjährigen Jubiläum des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ (gegründet in Magdeburg 1924) über einen Grundsatzbeitrag des Ansprechpartners für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Sachsen-Anhalt bis zu einem Vortrag zu Vernetzungen von Bürgerrechtsbewegungen in Staaten des ehemaligen Ostblocks. Ergänzt werden die Beiträge jeweils mit Praxisberichten zu Forschungsvorhaben der Stiftung Gedenkstätten selbst. Diese Publikation sei allen landesgeschichtlich Interessierten nachdrücklich empfohlen. Michael Rahmfeld

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung. Band 1/2024, Magdeburg, 2024.



Was hat sich durch #MeToo geändert?

Die #MeToo-Bewegung ist eine soziale Bewegung, die auf einen Hashtag zurückgeht, der seit Mitte Oktober 2017 im Zuge des Harvey-Weinstein-Skandals Verbreitung in den sozialen Netzwerken erfährt. Dabei geht es vor allem um die Bekämpfung von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt, von der vorwiegend Frauen betroffen sind. Seitdem wurde der Hashtag millionenfach genutzt und weltweit eine breite gesellschaftliche Debatte angestoßen. In ihrem Buch erklärt die Autorin Juliane Löffler, wie sie zu diesem Thema recherchiert hat. Dabei wird klar, wie schwer es mitunter ist, sich mit Vorwürfen gegen oftmals mächtige Männer an die Öffentlichkeit zu wagen. Betroffene und Journalistinnen mussten sehr viel Mut aufbringen, wenn sie ihre Erfahrungen schilderten bzw. darüber berichten wollten. Dabei mussten hartnäckige Meinungen zu Schuld und Scham überwunden werden, die in der Gesellschaft noch immer vorherrschten. Löffler analysiert, wie #MeToo unseren gesellschaftlichen Diskurs verändert und ein neues Bewusstsein geschaffen habe. Sie beleuchtet dabei aber auch die Risiken und verdeutlicht, wieso Systeme von Machtmissbrauch in Deutschland bis heute fortbestehen. Beate Grau

Juliane Löffler: Missbrauch, Macht & Medien. Was #MeToo in Deutschland verändert hat. München: DVA, 2024.



Millionen Lebensgeschichten

Bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Landtag wurde aller Toten der Kriege und Opfer von Gewaltherrschaften gedacht. Die Gedenkrede hielt Oberst Bernd Albers, Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger sprach das Totengedenken.

In diesem Jahr vereine uns die Trauer über das Leid so vieler Menschen stärker noch als in den Jahren zuvor, sagte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger. Man sehe mit Schrecken auf die Ereignisse in der Ukraine, in Israel, in Palästina, im Libanon und im Iran. Der Volkstrauertag biete einen Moment des Innehaltens, genau wie die Orte des Gedenkens. „Wir müssen das Leid der Betroffenen, wo irgend möglich, lindern.“ Es gelte, durch stabile und regelgebundene demokratische Bündnis-systeme den Frieden zu bewahren und Aggressoren beherzt entgegenzutreten.



Trauermarsch zur Kranzniederlegung am Volkstrauertag auf dem Magdeburger Westfriedhof.

Der Volkstrauertag schärfe das Bewusstsein und das Verständnis für die Auswirkungen der Kriegereignisse von damals auf die heutige Zeit, sagte Rüdiger Erben, Vorsitzender des Landesverbands Sachsen-Anhalt im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. „Derzeit erleben wir in Deutschland und vielen anderen Ländern Debatten darüber, wie mit der Vergangenheit umgegangen werden soll“, es sei keine leichte Aufgabe, die Erinnerung in der Breite der Gesellschaft wachzuhalten. Der Volkstrauertag sollte daher möglichst als inklusiver Gedenktag fungieren, der alle Bevölkerungs- und Altersgruppen einbeziehe.

Wenn – wie in Zeitz und Halle (Saale) vor nicht allzu langer Zeit – Stolpersteine aus den Gehwegen gerissen würden, sei das bei Weitem nicht nur der Diebstahl eines Stolpersteins, sondern Diebstahl einer Lebensgeschichte, meinten Nico und Paul von der Projektgruppe „Tagebuch der Gefühle“. Gerade mit den Lebensgeschichten der Opfer des Holocausts setzt sich die Projektgruppe auseinander. Sie hatte sich zuletzt intensiver mit der NS-Opfergruppe der Menschen mit Behinderung auseinandergesetzt. Bei ihren Studienfahrten hatten die jungen Leute dokumentiert, dass Erinnerungsarbeit und Erinnerungsorte oft nicht barrierefrei seien und dass es hier dringender struktureller Veränderungen bedürfe.

Die Lehren aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts würden leider immer wieder verschüttet, mahnte Oberst Bernd Albers,

Kommandant des Bundeswehr-Landeskommandos Sachsen-Anhalt, in seiner Gedenkrede. „Heute sind wir wieder Zeitzeugen zahlreicher bewaffneter Konflikte auf der ganzen Welt. Millionen von Menschen haben ihre Heimat verloren.“ Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe die gesamte europäische Friedensordnung erschüttert. Etwas ratlos zeigte sich Albers angesichts der Gruppe Menschen, die vermeintlich über der Debatte stünden und einfach Frieden forderten. Eine der Lektionen der deutschen Geschichte sei aber nicht, dass die Deutschen immer Pazifisten sein müssten. Angesichts einer aggressiven Diktatur könne man sich nicht mit Appeasement-Politik und dem Hinnehmen einer Diktatur begnügen. Die Behauptung, Autokratie führe zu Sicherheit und Stabilität, werde von Russland verbreitet und auch von Menschen, die hierzulande das blutige Handeln Russlands widerspruchslos hinnähmen. Der Volkstrauertag verweise darauf, dass Frieden kein Zustand sei, den man einmal und für immer erreiche. Er sei nicht nur ein Tag der Trauer, sondern auch ein Tag der Verantwortung, so Albers.

Bevor es zur abschließenden Kranzniederlegung auf den Magdeburger Westfriedhof ging, sprach Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger das traditionelle Totengedenken. Die Veranstaltung wurde musikalisch von den 12. Klassen des Kinder- und Jugendchors am Hegel-Gymnasium Magdeburg begleitet.

Dr. Stefan Müller

Stenografischer Dienst

Bibliothek

Ausschussdienst

Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Europabüro Brüssel

Gebärdensprachdolmetschung

Onlineredaktion

Landtagsarchiv

Petitionen

Petitionsausschuss

Besucherdienst



**Wer macht was
im Landtag?**

**Blickt mit uns
hinter die Kulissen**



*Liebe Leserin
und lieber Leser,*

*das Jahr 2024 neigt sich dem
Ende zu. Es hat in aller Welt
und auch in Deutschland viele
offene Fragen hinterlassen,
auch manche Sorge vor der
Zukunft.*

Deshalb ist es für mich eine umso größere Freude, dass nun die stillen Weihnachtstage da sind. Eine Zeit, die ganz dem Kreis der Familie und guten Freunde gehört, den Liebsten und Nächsten. Nehmen Sie sich diese Zeit! Die Welt um uns herum wird sich schnell genug weiterdrehen – im nächsten Jahr. Bis dahin dürfen wir in Ruhe und behütet feiern, ausruhen und innehalten.

Diese Ruhe schenken uns vor allem all jene, die über die Feiertage unverzichtbare Dienste für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten – sei es in den Krankenhäusern und Altersheimen, in der Bundeswehr, bei der Polizei, der Feuerwehr, der Diakonie, bei den Tafeln oder den vielen karitativen Einrichtungen überall in Sachsen-Anhalt. All diesen engagierten Menschen will ich von Herzen für ihren Einsatz danken.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie von Herzen Gesundheit und alles Gute, gesegnete ruhige Weihnachtstage sowie ein erfolgreiches und ein friedvolles neues Jahr. Gehen Sie gesund und mit Gottes Segen in und durch das Jahr 2025.

Frohe Weihnachten

*Ihr **Dr. Gunnar Schellenberger, MdL**
Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt*

